Bewegung MASS-VOLL!
kontakt@mass-voll.ch
Postfach, CH-8021 Zürich
www.mass-voll.ch

Medienmitteilung vom 15. September 2023

Die Schande von Luzern: Politisiertes Kantonsgericht spricht Rimoldi schuldig

Ein Richterkollektiv bestehend aus einem Grünen-Richter, einem FDP-Richter und einem SVP-Richter spricht wie befürchtet mit hanebüchernen, absurden Argumentationen einen Bürgerrechtler schuldig. Wir akzeptieren selbstverständlich dieses politische Schandurteil nicht und ziehen dieses illegitime Urteil weiter vor das Bundesgericht.

Es existiert kein Rechtsstaat!

Die Prozessakten sind deutlich: Rimoldi hat nichts verbrochen. Er hätte in allen Punkten freigesprochen werden müssen. An ihm wird ein Exempel statuiert, die ganze Schweizer Bürgerrechtsbewegung für ihre Opposition gegen die menschenverachtenden Corona-Zwangsmassnahmen zu bestrafen. Rimoldis Verteidiger lic. iur. Hermann Lei kommentiert das Schandurteil wie folgt: «Das Urteil ist enttäuschend und entspricht nicht unseren Erwartungen. Rimoldi hat sich unseres Erachtens massvoll und richtig verhalten».

Die Richter und Staatsanwälte sind befangen!

Das Urteil kommt nicht überraschend. Gerichtspräsident Arnold (FDP), Kantonsrichter Lehner (SVP) und Ersatzrichter Thalmann (Grüne) sind allesamt befangen - aus zwei Gründen. Alle drei sind Mitglieder von Parteien, die die menschenverachtende Covid-Politik aktiv unterstützt haben. Diese massnahmengeilen Richter sind für ihre Wahl und Wiederwahl abhängig vom Goodwill der Politik. Zudem finanzieren sie mit ihren üppigen Mandatsabgaben die gleichen Parteien, welche ihnen ihre Ämter beschafft haben.

Es ist vor diesem Hintergrund völlig unmöglich, dass sie in einem zutiefst politischen Prozess unbeeinflusst und unparteiisch urteilen können. Bei dem Verfahren ging es um die grundrechtsfeindliche, illegitime und aus unserer Sicht illegale Corona-Politik. Währenddessen ist GLP-Präsident Jürg Grossen, der in Nazi-Manier die optische Kennzeichnung von Ungeimpften forderte, nach wie vor auf freiem Fuss und Mitglied des Nationalrates! Hätten die Richter Rimoldi freigesprochen, hätten sie sich direkt gegen die Leute gestellt, welchen sie ihre Ämter verdanken – dazu fehlte offensichtlich das Rückgrat.

Bewegung MASS-VOLL!
kontakt@mass-voll.ch
Postfach, CH-8021 Zürich
www.mass-voll.ch

Weiterzug an das Bundesgericht!

Rimoldi hat noch einen winzigen Funken Vertrauen in die Justiz und zieht deshalb das zweite Luzerner Schandurteil an das Bundesgericht weiter. Wir hoffen, dass wenigstens die Bundesrichter ein Zeichen gegen eine Parteijustiz setzen und nicht Unrecht, sondern Recht sprechen.

Es braucht eine grundlegende Reform der Justiz!

Dieses Schandurteil ist ein weiteres Zeichen, dass die gesamte Justiz (Richterschaft und Staatsanwaltschaft) entpolitisiert werden muss. Der Staat wird zunehmend repressiv und totalitär, Bürger werden zunehmend wegen kleinsten, angeblichen Verfehlungen verurteilt und bestraft. Wir haben verschiedene Forderungen, den Schweizer Rechtsstaat zu retten:

- Wiederinkraftsetzung der Bundesverfassung, besonders: BV Art. 5 Abs. 1: «Grundlage und Schranke staatlichen Handelns ist das Recht» und BV Art. 30 Abs. 1: «Jede Person hat Anspruch auf ein unabhängiges und unparteiisches Gericht»!
- Wiederherstellung der Gewaltentrennung!
- Abschaffung Mandatsabgaben bei Richtern/Staatsanwälten bzw. Behandlung dieser Abgaben als Korruption und Ämterkauf!

Wir werden zu dem Thema voraussichtlich nächstes Jahr konkrete, umsetzbare Vorschläge unterbreiten.

Das zweite Luzerner Schandurteil bestätigt unsere Positionen. Infolgedessen wird Rimoldi seinen Kampf für die Souveränität von Volk und Staat, für eine Schweiz, in der die Verfassung gilt und Grundrechte unantastbar sind, noch motivierter weiterführen: «Die Schweiz steht am Abgrund. Nur die Wahl von MASS-VOLL! in den Nationalrat kann unsere Heimat retten»!

Für den juristischen Kampf gegen das Schandurteil von Luzern nehmen wir gesonderte Spenden an. Die dafür notwendigen Angaben sind auf *mass-voll.ch/spenden/* mit dem Vermerk «Schauprozess».

Weitere Auskünfte erteilen Präsident Nicolas A. Rimoldi (078 657 51 56) und lic. iur. Hermann Lei (076 332 42 82) .